

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

England will den Frieden sichern.

Chamberlains Unterhausrede. — Macdonalds Antwort.

Bei Redaktionschluss unserer heutigen Morgenausgabe lag noch nicht der ganze Bericht über die gestrige Unterhausrede vor. Es ist noch folgendes nachzutragen:

Außenminister Chamberlain verteidigte weiter die Regelung gegen den Vorwurf Hendersons, daß sie den Entschluß, das Genfer Protokoll nicht zu empfehlen, ohne vorherige Befragung des Parlaments gefaßt habe, und deutete daraufhin, daß die Arbeiterregierung seine Annahme gleichfalls ohne Befragung des Parlaments empfohlen habe. Deshalb habe Henderson keine Ursache, der Regierung einen Vorwurf zu machen.

In Erwiderung auf die Behauptung Hendersons, daß die britische Regierung und das Parlament sich hinsichtlich jeder Aktion, an der die britische Flotte teilzunehmen hätte, die volle Freiheit vorbehielte, führte Chamberlain eine Stelle aus einem Bericht Bensch an. Danach verbliebe zwar jeder Regierung die Entscheidung darüber, was sie nicht tun wolle, nicht aber die Entscheidung darüber, was sie tun solle. Der ganze Wortlaut des Protokolls sei nicht abgestellt auf die Interessen oder die Lage einer Seemacht, sondern diene lediglich den Sonderzwecken von Staaten mit Landstreitkräften und Landgrenzen, die um den Bestand dieser Grenzen besorgt seien. Chamberlain erklärte weiter: Wenn die englische Regierung auch den Tatbestand würdige, der sich für Frankreich aus dem

Zuschlag durch die amerikanische Ablehnung eines englisch-amerikanischen Garantiepaktes

ergeben habe, wenn sie auch in Betracht ziehe, was sich seit dem Vorschlag Lloyd Georges in Cannes und in den folgenden von Wilson erfüllten Jahren ereignet habe, so stehe es doch nicht in der Macht der britischen Regierung, der französischen oder der belgischen Regierung einen einseitig gegen Deutschland gerichteten Garantiepakt anzubieten. Dagegen lege die britische Regierung den diesbezüglichen deutschen Anregungen die höchste Bedeutung bei, diese Anregungen müßten mit größter Sorgfalt geprüft werden, ob sie nicht einen Ausweg zu einer neuen besseren Lage der Dinge eröffneten und die

kriegsartige Atmosphäre, die seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Europa herrsche,

zu gestreuen geeignet seien. Er finde sich in Übereinstimmung mit gewissen allgemeinen Grundgedanken, wonach jedes Abkommen nur bestimmten Charakter tragen dürfe und im Geist des Völkerbundes und wenn möglich unter Führung des Völkerbundes geschahen werden müsse. Weiterhin sei klar, daß die britischen Verpflichtungen nicht auf die Wahrung jeder Grenze ausgebeugt werden könnten. Dieser Vorbehalt bilde einen Hauptgrund dafür, daß Großbritannien das Genfer Protokoll ablehne. Indes müsse man sich darüber klar sein, daß Großbritannien bei dem Versuch, den Frieden zu sichern, das Mittel des Krieges niemals zulassen könne. Durch die Friedenssicherung im Westen würde auch eine Bürgschaft für die Ostgrenzen erreicht werden. Kein Land habe größeres Interesse an der Stabilisierung des Friedens und der Förderung guter Beziehungen zu dem großen Nachbar als Polen und jeder Unparteiliche müsse zu dem Schluß kommen, daß Deutschland irgendeinen Vorteil oder erhöhte Sicherheit durch einen Anmarsch auf seinen östlichen Nachbarn nicht erreichen könne. Die Macht der wirtschaftlichen Bande würde die großen Nationen dazu führen, eine immer mehr wachsende Freundschaft zu pflegen. Das Wesentliche eines solchen Übereinkommens liege darin, daß

Deutschland Mitglied des Völkerbundes werde und seinen Platz im Völkerbundesrat in voller Gleichberechtigung

seiner Verpflichtungen als auch in anderer Beziehung, einnehme.

Chamberlain verwies dann auf die letzte Völkerbundnote an Deutschland und fuhr fort, er wünsche noch eine Bemerkung zu machen, da er wohl voraussehen könne, daß kein fruchtbares Ergebnis entstehen könnte, wenn nicht beiderseits erfolgreich und schnell

die übrigen Verpflichtungen wie die der Abrüstung und der Räumung des Rheinlandes

erledigt werden könnten. In dem deutschen Vorschlag sei keine Bedingung aufgestellt, daß die Besetzungskräfte für das übrige durch den Versailler Vertrag festgesetzte Gebiet abgeändert oder irgendwie gemindert werden sollte. Seitdem der Frieden unterzeichnet worden sei, sei Europa ebenso wie zur Zeit des Krieges in zwei Lager geteilt. Angst suche die Leute jeder Nation und die Führer jedes Volkes heim. Wenn dies fortdauere, so werde früher oder später Europa einem neuen Kriege zutreiben. Chamberlain schloß: Die Staatsmänner unseres Landes tragen große Verantwortung.

Unsere Politik ist schwankend und inkonsequent gewesen. Unser Einfluß hat etwas durch unser Zaudern und unsere Inkonsistenz eingebüßt, aber eine neue Gelegenheit ist uns jetzt gegeben.

Ich sehe in diesen Vorschlägen die Möglichkeit, daß ein besserer Tag andrückt. Ohne unsere Hilfe wird nichts getan werden, ohne unsere Hilfe werden wir langsam aber sicher einer neuen Katastrophe entgegengehen. Mit unserer Hilfe wird das Kriegstapitel vielleicht abgeschlossen werden und milderer Frieden wird vielleicht beginnen. Das britische Reich, das durch seine Dominions von Europa gelöst wird, das aber durch die britischen Inseln mit Europa verknüpft ist, kann tun, was keine andere Nation der Welt tun kann. Vom Westen und Osten kommt der Ruf:

Die Entscheidung liegt in den Händen des britischen Reichs. Wenn es will, daß es keinen Krieg mehr geben soll, dann wird es keinen Krieg mehr geben.

Die Rede Chamberlains wurde vom ganzen Haus mit größter Spannung angehört und erntete auch großen Beifall der Opposition. Als Chamberlain die deutschen Vorschläge auseinandersetzte, herrschte eine atemlos Stille und das Haus war davon sichtlich ergriffen. Auf der Diplomatentribüne folgte der deutsche Botschafter Eshner aufmerksam der Debatte.

Nach einer Rede des Liberalen Lloyd George sagte Genosse Ramsay Macdonald,

er habe niemals eine vollständigere und heftigere Anklage gegen den Versailler Vertrag und die nachfolgenden

kleineren Verträge, die nach ihm entworfen und im Geiste des Versailler Vertrages gehandhabt worden seien, gehört, als die Anklage, die loben ihr Miturheber Lloyd George erhoben habe. Das deutsche Angebot laufe, soweit er verstehe, nur darauf hinaus, daß Deutschland die Westgrenzen garantieren wolle und bereit sei, an den Ostgrenzen bestehende Probleme einer schiedsgerichtlichen Lösung zu überweisen. Es müsse eine Erklärung darüber erfolgen, in welcher Beziehung Großbritannien und das britische Reich zu einem Abkommen stehe, das hauptsächlich zwischen Frankreich, den Alliierten Frankreichs und Belgien Bestand haben solle. Ein solcher Pakt wäre den Schwächen aller Parte unterworfen; es bestünde die Gefahr, daß die größeren Mächte in Europa mit den kleineren Mächten Gruppen bilden.

Er bezweifle, daß Krieg aus einem Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland über Grenzprobleme entstehen könnte.

Macdonald fragte weiter, ob an einen allgemeinen Schiedsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland gedacht werde, an dem sich England beteiligen würde, oder ob das Schiedsverfahren nur auf besonders bezeichnete Grenzprobleme, hauptsächlich im Osten, Anwendung finden solle. Macdonald verteidigte hierauf im einzelnen das Genfer Protokoll und schloß, es werde keine andere Sicherheit in Europa geben als die Grundlage des Protokolls, das die drei Hauptdinge enthalte:

Abkühlung, Sicherheit und Schiedsgericht

Nach weiteren Parteireden ergriff

Premierminister Baldwin

um 11 Uhr abend zum Schluß der Debatte das Wort. Er erklärte, es sei noch zu früh, um im einzelnen zu sagen, welches die Rolle Englands sein werde. Chamberlain habe dem Hause alle zur Verfügung stehenden Informationen gegeben. Wenn das Haus in Betracht ziehe, was Chamberlain geäußert habe, so werde es erkennen, daß die Regierung sehr zu erforschen versuche, welche Möglichkeiten dafür beständen, daß die interessierten Parteien zusammenkommen. Wenn die Bemühungen Chamberlains von Erfolg gekrönt sein werden, werde es

Englands Rolle sein, einen Frieden in Westeuropa zustande zu bringen, der nicht bestanden hätte von dem Tage an, an dem der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde.

Man frage, welche Vorteile England sich daraus bieten würden, darauf sei zu antworten, England werde doch wohl alle die Vorteile erhalten, die aus einem dauerhaften Frieden entstünden. Was die Abrüstung betreffe, daß dies zu einem neuen Rüstungswettlauf führe, so erklärt Baldwin, wenn England in einen gegen Deutschland gerichteten Dreiländerpakt oder in irgendeinen anderen Rüstungspakt eintreten würde, so würde es tatsächlich hierdurch gerade einem neuen Rüstungswettlauf aufstößern und dies sei einer der Gründe, der die Fortsetzung zu der Ansicht erbrachte, habe, daß es unmöglich sei, einen anderen Pakt zu unterzeichnen als einen Pakt, der an sich eine Garantie des Friedens und der gegenseitigen Sicherheit sei. Das Haus dürfe nicht vergessen, daß einer der entscheidenden Faktoren in Westeuropa während dieser letzten Jahre ein hohes Gefühl der Besorgnis und des Mangels an Sicherheit in Frankreich gewesen sei und daß jede Möglichkeit zur Befreiung dieser Tendenz einen Gewinn bedeuten würde. Solange jede wirtschaftliche Rückkehr zum Frieden und zur friedlichen Welt nicht verhindert werde, bleibe auch unmöglich, was die Regierung nicht weniger als die Mitglieder der Arbeiterpartei am schärfsten zu sehen wünschten, nämlich die Abrüstung.

Baldwin fuhr fort, die Regierung ziehe die Dominions dabei zu Rate und werde während der ganzen Zeit in enger Verbindung mit ihnen bleiben. Er hoffe selbst, daß, wenn man in engere Verbindung komme, die Fragen sich als verhältnismäßig einfach erweisen werden. Die Regierung habe die Dominions ersucht, ihren Vertretern, die der Völkerbundversammlung im Herbst beizuwohnen sollen, zu gestatten, so frühzeitig vor der Genfer Tagung nach England hinüberzukommen, daß man in Verbindung treten und versuchen könne, vereint nach Genf zu fahren, wenn die Zeit dazu gekommen sei. Es sei nicht vollkommen sicher, daß diese Wertschätzung schon abgepasst seien, aber wenn nicht, so seien sie in Vorbereitung. Die Regierung sei der Ansicht, daß keine Fortschritte in Europa gemacht werden können, bevor die Denkweise Westeuropas verändert sei. Dies könne aber nur erreicht werden, wenn das Gefühl der Unsicherheit dem der Sicherheit Platz machen werde. Es beständen

keine Zweifel, daß eine längere Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes der Dinge, die Befreiung des vormals feindlichen Gebiets, wenn sie ungewöhnlich verlängert werde, zu einer sehr ernstlichen Lage in Europa führen werde.

zu einer Lage, der abzuweichen oder die zu überwinden man dann nicht mehr imstande sein würde. Daher habe die Regierung mit einiger Hoffnung die deutschen Vorschläge angesehen, die ziemlich unerwartet gekommen seien und deren Art mehr die Möglichkeit einer dauerhaften Regelung erlösen lasse, als alles, was in letzter Zeit in Europa gesehen sei. Die britische Regierung habe klar verstanden, daß Deutschland auf die Aussichten bzw. auf seine Absicht verzichtet habe, die Grenze im Westen zu verändern.

Im Osten Europas habe Deutschland einen großen Fortschritt vorwärts in Richtung auf den Frieden getan, weil es bereit sei, zu erklären, daß es darauf verzichte, eine Veränderung durch militärische Gewalt vorzunehmen.

Es sei natürlich vollkommen klar, daß Deutschland in kommenden Jahren vielleicht durch diplomatische, durch ein Schiedsverfahren oder auf irgendeine andere friedliche Weise versuchen könnte, eine Veränderung in Osteuropa herbeizuführen. Auf England lasse sich eine tiefere Verantwortung zeigen. Er glaube jedoch, daß England sich dieser Verantwortung gewachsen zeigen werde. Baldwin verließ die unsichere Lage Europas mit einem großen Seufzer und schloß, wenn man wirklich Sicherheit und Frieden im Westen bekommen könne, so würde man sofort die eine Hälfte des großen Sumpfes abfallen sehen können und man werde ihn dann allmählich ausräumen, bis jeder südliche Tag komme, wo man nicht nur die Befreiung des gesamten Europas vollenden, sondern auch noch Europa in einem permanenten Bänderbund zusammenbringen könne.

Otto Braun und die Arbeiterrechte

Ministerarbeit für die Arbeiter.

Die Gewerkschaftspresse tritt ausnahmslos und mit Nachdruck für die Wahl von Otto Braun ein. Wer das Wirken von Otto Braun als Minister kennt, der wird ohne weiteres begreifen, warum gerade die Gewerkschaften sich für Otto Braun einsetzen müssen. Denn auch, und besonders als Minister hat sich Otto Braun mit aller Kraft eingesetzt für die wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterschaft und nicht geögert, gegebenenfalls mit harter Hand durchzugreifen, wenn die Junker sich weigerten, auskömmliche Löhne zu zahlen. Denn Otto Braun hatte bei der Verteidigung der Arbeiterrechte als Landwirtschaftsminister gegen die breitenmässige, häßlichste Junkerlaste zu kämpfen, die es nicht vermeiden konnte und kann, aus ihrer Vormachtstellung in Preußen verdrängt zu sein. Aus der Reihe der Laien Otto Brauns für die Arbeiterschaft mag eine Auswahl mehr sprechen, als die Beschimpfungen in der Junkerpresse:

Da ist zunächst die Rede Otto Brauns, die er am 14. Dezember 1920 bei der zweiten Sitzung des Forsthaushalts in der Preussischen Landesversammlung hielt. In dieser Rede forderte er auf, ihm alle Reviere, in denen der von der Forstverwaltung abgeschlossene Tarifvertrag mit den Forstarbeitern nicht eingehalten wird, unter Schilderung der einzelnen Fälle namhaft zu machen. Zu der Frage der Akkordlöhne erinnerte der Minister daran, daß sie so festgelegt werden müssen, daß ein geübter Arbeiter etwa 25 bis 30 Proz. mehr als den Lohnsatz verdient. Ein scharfes Wort legte der Minister zu den Beschwerden über Revierverwaltung und Oberförster, die den Waldarbeitern gedroht hätten, sie würden aus der Arbeit hinausfliegen, wenn sie ihren Verbände beitreten würden. Dazu erklärte der Minister wörtlich:

„Ich werde jeden Forstbeamten befehlen, der es wagt, einem Waldarbeiter oder einem Bomanen wegen seiner Organisationszugehörigkeit oder wegen seiner politischen Überzeugung von der Arbeit auszuschließen oder bei der Arbeit zu benachteiligen oder bei Ankungen, die ihm drohen, in Nachteil zu ziehen.“

Der Minister teilte ferner mit, daß unter Dranglegung aller Mittel, z. B. auch durch Kauf von Häusern auf dem Lande, die Wohnungsfrage für die Waldarbeiter und für die Forstbetriebsbeamten gelöst werden soll.

Sehr befangen war Otto Braun auch um die schnelle Errichtung von Betriebsräten

in den staatlichen Forstbetrieben. Das beweist eine Verfügung, die er am 7. Dezember 1920 an die preussischen Regierungsstellen richtete. Der entscheidende Teil dieser Verfügung heißt wörtlich:

„Nach § 102 des Betriebsrätegesetzes mußte die Erstwahl zum Betriebsrat spätestens sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes, also nach dem 8. Februar als dem Tage seiner Befreiung, einberufen werden. Da für die einzelnen Oberförstereien die Voraussetzungen für die Errichtung eines Betriebsrats oder die Wahl eines Betriebsobmannes vorliegen, ist von Fall zu Fall zu prüfen, wo die Voraussetzungen gegeben sind, ist nunmehr sofort die Wahl zum Betriebsrat oder eines Betriebsobmannes in die Wege zu setzen. Vom Geschehenen ist binnen vier Wochen zu berichten.“

In einer Verfügung vom 17. Dezember 1920, die sich mit der Begrenzung des Begriffes „ständiger Arbeiter“ beschäftigt, finden wir folgende markante Zeilen:

„Es muß das Bestreben der Forstverwaltung sein, möglichst in jeder Oberförsterei eine Arbeitervertretung, Betriebsrat oder Betriebsobmann, zu schaffen; demgemäß ist der Begriff „ständiger Arbeiter“ im Sinne des Betriebsrätegesetzes möglichst weit zu fassen und nichts dagegen einzuwenden, wenn alle auch nur regelmäßig beschäftigten Arbeiter im Sinne des Betriebsrätegesetzes als ständige Arbeiter angesehen werden, sofern dadurch die Wahl einer Arbeitervertretung ermöglicht wird, die tatsächlich während des ganzen Jahres die Funktionen einer solchen ausüben kann.“

So wie sich Otto Braun hier um den rechtlichen Schutz der Forstarbeiter bemühte, bemühte er sich auch darum, die Forstarbeiter wirtschaftlich sicherzustellen. Zu Beginn des Jahres 1921 verfügte er eine zehnprozentige Erhöhung des Einschlaglohn in den Forsten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Wörtlich heißt es in dieser Verfügung:

„In den Oberförstereien, in denen ein Holzschlag wegen Erfüllung des Einschlaglohn bereits eingestellt ist, soll der Holzschlag sofort wieder aufgenommen werden. Arbeitsstellenverluste und Arbeiterentlassungen sind zu vermeiden. Der Holzschlag soll aus Beständen aufgebracht werden, die vorwiegend starkeres Nadelholz liefern zur Gewinnung von Tischlerholz, Bauholz, Schwellenholz und Papierholz. In den Oberförstereien, in denen aus forstwirtschaftlichen Gründen ein Holzschlag nicht stattfinden kann, ist

Arbeiterentlassungen entgegenzuwirken

durch Einlegung von Durchforstungen in älteren Beständen der späteren Einschlagsperiode oder auch durch kleinere Abtriebe, namentlich von Flächen, die für dauernde oder vorübergehende landwirtschaftliche Nutzung in Frage kommen. Alle Schläge müssen sofort verkauft werden.“

Am 23. Februar 1921 wurde die Öffentlichkeit davon unterrichtet, daß der preussische Landwirtschaftsminister Otto Braun verfügt hat, daß in Erweiterung der bis dahin erungenen Erlasse über Landeszuweisung für Waldarbeiter auch an ehemalige ständige Waldarbeiter, die infolge hohen Alters oder Krankheit aus der Waldarbeit ausgeschieden sind und keine andere ihren Lebensunterhalt ausreichend gewöhnende Beschäftigung gefunden haben, kleine Flächen zur landwirtschaftlichen Benutzung freihändig, längstens auf sechs Jahre, verpachtet werden können. Die Verfügung erstreckt sich auch auf Witwen

der im Felde gefallen oder an den Folgen des Feldzuges verstorbenen ständigen Waldarbeiter. Für diese Witwen konnte ein bisheriges Pachtverhältnis fortgesetzt werden.

Das sind nur einige Feststellungen über die Tätigkeit Otto Brauns für die Forstarbeiter. Sie könnten noch wesentlich vermehrt werden; vor allen Dingen wäre noch zu schildern, wie entgegenkommend und mitfühlend er sich immer zeigte, wenn es galt, die Entlohnungsfrage in zweckmäßiger Weise zu regeln.

Besonders hervorzuheben muß die Verfügung werden, die er im September 1919 zu dem Zwecke erließ, die pommerischen

Sandjunker zur Raison zu bringen.

Es steht in der Verfügung zu lesen:

§ 1. In Fällen, in denen der Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern in der Landwirtschaft durch die beteiligten Personen verweigert wird, ist der Demobilisierungskommissar befugt, nach Anhörung landwirtschaftlicher Sachverständiger Arbeitsbedingungen für ein Kreisgebiet festzusetzen und sie für verbindlich zu erklären. Der Demobilisierungskommissar soll von dieser Befugnis nur Gebrauch machen, soweit land- und forstwirtschaftliche Spruchkammern noch nicht errichtet sind oder ihre Anrufung in dringlichen Fällen unzulässig ist; im letzteren Falle ist die Zustimmung der Landeszentralbehörde erforderlich.

§ 2. Weigert sich der Besitzer eines landwirtschaftlich benutzten Grundstücks, die gemäß § 1 durch den Demobilisierungskommissar festgesetzten und für verbindlich erklärten Arbeitsbedingungen zu erfüllen und wird infolgedessen die rechtzeitige Ausführung wichtiger landwirtschaftlicher Arbeiten gefährdet, so ist der Demobilisierungskommissar befugt, mit Ermächtigung der Landeszentralbehörde

die Verwaltung des Grundstücks einschließlich des Zubehörs dem Besitzer ganz oder zum Teil zu entziehen und dem zuständigen Kreisbauernverband zu übertragen.

Man nenne uns außer Otto Braun einen Landwirtschaftsminister, bemerkt dazu der Pressedienst des Deutschen Landarbeiterverbandes, dem wir diese Zitate entnehmen, der den Mut ausbrachte, ähnliche Verordnungen zu erlassen und in ähnlicher Weise die Landarbeiter vor der Agrarierwut zu schützen. Man wird keinen finden. Und weil keiner zu finden ist, deshalb ist Otto Braun der Mann, dem jede Stimme der Arbeiterschaft am 29. März gehört. Wer anders stimmt, hilft — direkt oder indirekt — dem Kandidaten der Junker und der Schwerindustrie.

Die Kunst der Selbstbescheidung.

Der fünfzigprozentige Jarres-Block.

Die außenpolitischen Auseinandersetzungen im Regierungslager sind eine Wiederholung der Auseinandersetzungen in der deutschnationalen Reichstagsfraktion vor dem 29. August 1924. Damals fand die deutschnationale Reichstagsfraktion den Ausweg, jedem fünfzigprozentig das Seine zu geben — fünfzig Prozent der Erfüllungspolitik und fünfzig Prozent der nationalistischen Wahlmagogie.

Heute haben wir eine fünfzigprozentige Reichsregierung und einen fünfzigprozentigen Jarres-Block. Der Reichsaussenminister führt wichtige Aktionen in der Sicherheitsfrage und der Wählerbundfrage, und die Presse der stärksten Regierungspartei veranstaltet ein agitatorisches Brillantfeuerwerk gegen diese Aktionen.

So lebt man schließlich friedlich fünfzigprozentig zusammen in harmonischer Ehe, wenn nicht immer wieder aus den eigenen Reihen Stimmen laut werden, die die Deffektivität darauf aufmerksam machen, daß die harmonische Ehe vor der Scheidung steht. Deshalb ruft der schwerindustrielle „Tag“ angestrengt: „Haltet Disziplin!“

Disziplin! Worin und wofür denn? Für die Außenpolitik Stresemann oder für die Politik der sogenannten „nationalen Opposition“? Oder am Ende gar für eine echt fünfzigprozentige Verabredung, das Volk zu betrügen und

gleichzeitig die eingeleiteten außenpolitischen Aktionen zu sabotieren? Ist der Ruf zur Disziplin ein Appell an die Alldeutschen, Herrn Stresemann erst nach der Wahl vor den Staatsgerichtshof zu fordern?

Der „Tag“ mahnt die Deutschnationalen:

„Wenn Außenleiter die Aufgaben der Stunde immer noch nicht begreifen wollen, so möchten wir erneut die Wohnung ins Land rufen: Haltet Disziplin! Staatspolitik setzt die Kunst der Selbstbescheidung voraus, nicht alle Blütenräume der Gesinnung können allen nach ihrem Wunsche reifen.“

Der „Tag“ mutet demnach den Deutschnationalen zu, die Blütenräume der „nationalen Opposition“ preiszugeben. Er geht noch weiter und versichert:

„Herr Jarres besitzt das besondere Vertrauen des Herrn Stresemann und umgekehrt.“

Das heißt deutlich herausgesagt: Die Kandidatur Jarres ist das Siegel unter den Umfall der Deutschnationalen von der „nationalen Opposition“ zur Erfüllungspolitik.

Die Deutschnationalen behaupten, Herr Stresemann habe Erklärungen gegeben, die sie zufrieden stellen. Die „Nationalpost“, das offizielle Organ der Deutschnationalen, veröffentlicht heute morgen einen scharfen Angriff gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, in dem Herr Stresemann deutlich als „deutscher Schwanengeist“ gekennzeichnet wird.

Schließlich kann nur einer recht haben. Entweder ist Herr Stresemann umgefallen oder die Deutschnationalen. Entweder hat Herr Stresemann kapituliert und seinen außenpolitischen Kurs preisgegeben, oder die Deutschnationalen akzeptieren die Erfüllungspolitik.

Der außenpolitische Kurs einer Regierung ist entscheidend für ihre Beurteilung. Er ist kein Geschäftsgeheimnis eines zu Wahlzwecken zusammengeschlossenen Blockes. Wie steht es also:

Treibt Herr Stresemann eine unaufrichtige, die deutschen Interessen gefährdende Außenpolitik?

Inszenieren die Deutschnationalen einen neuen fünfzigprozentigen Betrug an ihren Wählern? Markieren sie in der Presse „nationale Opposition“, um im Kabinett Erfüllungspolitik zu treiben?

Auf jeden Fall ist der Jarres-Block fünfzigprozentig einig. Ein echter Rampe-Block, halb und halb.

Ertappte Schwindler.

Eine Verächtigung des Genossen Picard.

Köln, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Die bodenlose Gemeinheit, mit der die Presse des Reichsblocks Verleumdungen gegen die Gegner ihres Präsidentschaftskandidaten austreibt, findet ihren Höhepunkt in dem im Berliner „Lokal-Anzeiger“ veröffentlichten Angriffen gegen die Genossen Meerfeld und Picard-Koblenz. Das Blatt behauptet, daß Picard in der berühmten Barmer Konferenz einen entsprechenden Schritt in der Frage der Ausrufung der rheinischen Republik gefordert und sich im allgemeinen auf den Boden der Verfassungspolitik gestellt habe. Dr. Meerfeld und die übrigen sozialdemokratischen Vertreter in der Versammlung sollen kein Wort der Ablehnung zu der Rede Picards gefunden haben.

Auf Grund dieses Aussages hat Genosse Picard, der zurzeit in Köln wohnt, der Redaktion des „Berliner Lokal-Anzeigers“ folgendes Telegramm geschickt: „Protestiere gegen Ihre unverschämte und beleidigende Behauptung, ich hätte am 24. Oktober 1923 in Barmen oder sonstwo mich für die Ausrufung der rheinischen Republik erklärt. Ich sah vielmehr vom 26. April bis 26. November 1923 wegen meiner deutschen Gesinnung in französischer Haft in Koblenz. Verlange sofortige Richtigstellung.“

ParteiSekretär Picard, zurzeit Köln.

Eine entsprechende pressegesetzliche Verächtigung wird dem Blatt zugehen. Genosse Meerfeld erklärt in der Angelegenheit: Selbst-

verständlich handelt es sich bei den Behauptungen des schwerindustriellen Blattes um einen grotesken Schwindel. In Barmen haben von sozialdemokratischer Seite nur Haas und ich gesprochen. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß wir beide den bekannten Standpunkt der Partei — Ablehnung aller auf die Lockerung des Staatsgefüges gerichteten Rheinlandpläne — mit aller Schärfe vertreten haben. Nach meinen Aufzeichnungen habe ich mich ganz besonders gegen Jarres gewandt, der die Befriedigung leitete und seine unheilvollen Verfassungspläne propagierte. Nicht minder scharf habe ich Herrn Rosdenhauers Pläne bekämpft, die für das besetzte Gebiet eigene Währung und eigenes Steuerrecht verlangten.

Für unsere charakterfeste Haltung werden wir hinterher durch schamige nationalistische Verleumdungen belächelt. Das Rheinland wäre längst verloren, wenn wir damals den Jarres und Konferten Gehör geschenkt hätten. Daß das nationale Unglück einer Postrennung verhütet worden ist, dafür hat das Volk nicht zuletzt der rheinischen Sozialdemokratie zu danken.

Die Abwertungsvorlage.

Der Zusammenbruch des deutschnationalen Schwindels.

Heute sollte endlich die sogenannte Aufwertungsnotlage der Reichsregierung veröffentlicht werden. Man will aber noch etwas warten, damit die Wirkung bei der Wahl nicht allzu peinlich ist. Sie wird endgültig die letzten Hoffnungen, die gläubige Rechtswähler auf die großkapitalistischen Parteien der Deutschnationalen und Volkspartei gesetzt hatten, zerstören. Sie ist nach den Mitteilungen, die bis jetzt bekanntgeworden sind, nicht eine Vorlage für die Aufwertung, sondern gegen die Aufwertung. Es wird in der Vorlage für die Reichsanleihen grundsätzlich an der Unterscheidung zwischen altem und neuem Besitz festgehalten. Als alter Besitzer gilt, wer die Anleihen vor dem 1. Januar 1920 erworben hatte und das durch die Vermögenssteuernachweisung erhalten kann. Für diese alten Anleihebesitzer wird zur Verzinsung ein Betrag von jährlich 40 Millionen Mark ausgeworfen. Wie hoch der Zinssatz infolgedessen ausfallen wird, hängt noch von der Höhe der Anmeldungen auf Grund dieser Regelung ab. Diejenigen, die ihre Anleihen erst nach dem 1. Januar 1920 erworben haben, erhalten keine Verzinsung, bis die Verpflichtungen aus den Reparationszahlungen abgetragen sind. Grundsätzlich soll der Besitz an Anleihen auf 5 Prozent des Nominalwertes festgelegt werden. Für besonders notleidende Zeichner der Kriegsanleihe soll außerdem eine besondere Verzinsung von 2 Prozent in Betracht kommen, für die weitere 40 Millionen ausgeworfen werden sollen, so daß insgesamt 80 Millionen (!) für den Zinsdienst des Reiches in Betracht kämen. Bezeichnenderweise belagen die bisher bekanntgewordenen Nachrichten gar nichts über die Aufwertung der Hypotheken und Industriebriefe, sondern nur über die Aufwertung der Gemeindeanleihen. Der Bestische Entwurf ist selbstverständlich von der Großkapitalistenregierung glatt abgelehnt worden. Die Millionen Sparer und Gläubiger haben also einer Regierung zum Siege verhoffen, die sie entgegen allen Versprechungen gründlich um ihre Rechte betrügt. Nun wird man wohl endlich im Volke begreifen, was deutschnationale Wahlversprechungen wert sind.

Der Sparverband kneift.

Die führende Organisation der Sparer, der unter völkisch-deutschnationaler Führung stehende Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverband weigert sich, aus dem Aufwertungsbeitrag der Deutschnationalen die für jeden denkenden Menschen selbstverständlichen Konsequenzen zu ziehen. Anstatt zu einem den deutschnationalen feindschaftlichen Kandidaten zu raten, proklamiert diese Organisation die Stimmenthaltung der Sparer beim ersten Wahlgang. Sie wagt es nicht, für den Rechtsblockkandidaten Jarres einzutreten, weil sie genau weiß, daß ihre Anhänger schon jetzt in Scharen in das Lager der Republikaner übergegangen sind und endlich die Demagogie der Rechtsradikalen erkannt haben. Deshalb kneift die Verbandsleitung und will durch ihre Rundgebung wenigstens bewirken, daß die Stimmen der betrogenen Sparer nicht einem Republikaner zufallen.

Demgegenüber sei noch einmal festgestellt, daß derjenige keinen Grund zur Beschwerde über die Politik der Reichsregierung hat, der

Volkstümliche Tierkunde.

Das Zoologische Museum in neuer Form.

Am Museum für Naturkunde wird zum 1. April der Erweiterungsbau mit den zoologischen Sammlungen eröffnet werden. Die Ungunst der Zeit hatte es bisher verhindert, diesen großen sechsstöckigen Rückfügel des Museumsbaus an der Anwaldenstraße, der im Krieg fertiggestellt worden ist, im Inneren einzurichten und die Tiermuseen dem Publikum zu bieten. Um wenigstens die biologischen Gruppen zeigen zu können, ist jetzt eine provisorische Ausstellung vorgenommen worden, und sie wird vom 1. April ab zu den üblichen Besuchsstunden zugänglich sein.

Die Museumsleitung hat für die neue Ausstellung mit dem Grundgedanken zielbewusster Trennung von wissenschaftlichen Studien- und Lehrsammlungen und einer allgemeinen Schauausstellung Ernst gemacht. Zu sehen ist nunmehr in dem neuen Erweiterungsbau eine großartige Uebersicht über die deutsche Tierwelt. Anschließend daran ist die Klasse der Haustiere, auch der ausländischen bis zum Elefanten, Nashorn usw., besonders vorgeführt. Früher war alles nach Tierklassen geordnet, jetzt wird diese Art von systematischer Zusammenstellung durchbrochen, und mit Gruppen aus dem Tierleben und dergleichen soll der Betrachter in neuer Art zum Denken angeregt werden. Wie fliegen die verschiedenen Tiere? Wie schwimmen sie? Wie unterscheiden sich Pflanzen- und Fleischfresser? Wie ist die Brutpflege? Das sind Fragen, vor die man nun unmittelbar gestellt wird.

Der besondere Stolz des Museums sind die großen biologischen Gruppen, zum Teil in panoramatischer Ausstellung. Da ist ein isländischer Vogelberg mit den von Groß-Lummen besetzten Felsklippen, mit Papageitauchern am Klippenrand und Durchfliegen auf's Meer. Daneben ein südlicher Felsberg, wie er sich ehemals darstellte, als der Bär dort noch in der Höhle hauste, und dann eine prächtige Gamsgruppe auf der Alpenhöhe. Rehe im Winter erscheinen vor einer märklichen Klippenformation, Rehbühner mit ihren Jungen nisten im Kleeblatt. Die Hintergrundlandschaften sind hier Arbeiten des Malers Steegner-Bund. Damwid im Briefstapel bei Birkenwerder erscheint, eine Gruppe Säuen an der Kuhle sind ausgehaut, die großen Wägen bei Bialowez, ein Stück Samlandküste, Büchse schneiden einen Vogel an usw. Nicht nur diese großen Schaustücke aus dem Tierleben machen den Sammlungsbesuch lebendig. Hier stehen kleinere Zusammenstellungen: „Was man unter einem Feldstein findet“, der heilige Willendreher beim Wälzen der Wille, Feuer Salamander, Schlangen und alle niederen Tiere bis zu den Würmern, den Schwämmen, den Urtieren und den Polypen, die unser Süßwasser enthält.

Dem Bedürfnisse der Tierkundler ist mit systematisch vollständigen Reihen von Schmetterlingen, Käfern und dergleichen für Zwecke ihrer Bestimmung Rechnung getragen. Stammgäste will das Museum sich überhaupt mit allen verfügbaren Mitteln heranziehen. Ein „Verein der Freunde des Zoologischen Museums“ wurde begründet, der eine im ersten Heft vorliegende, sehr lehrreiche Zeitschrift herausgibt. Die Sammlung soll möglichst lange in den Abendstunden geöffnet bleiben, dafür ist später Beseitigung

nötig, wofür der Erweiterungsbau einzurichten ist. Und ein eigener Hörsaal ist vorgesehen für Abendvorräge über einzelne Tiergebiete, die dem Publikum dort mit den Schranken des Museums vor dem Abfließen erläutert werden — im Anschluß daran bleibt die Sammlung geöffnet, um vor den Originalen betrachtet zu werden.

Ein Anfang ist jetzt da, und mit den Mitteln des Staates und hoffentlich vieler Freunde wird es weitergehen, um z. B. den Bau der Tiere, die Zusammenhänge zwischen Bau und Lebensweise usw. in kleinen Sammlungen zu zeigen, die wissenschaftlich durchgearbeitet, aber schon dem Schüler verständlich sind.

Jarres & Co.

Politikalien engros.

Achtung! Billige Jarrestage.

Ausverkauf mit Schnapsumlage:

Wulles Hafentreuzebelänge,

ff. Siegertranzgefänge,

Ruthermorte, Rumpelsofchen,

Deutsche Männer, volle Taschen,

Hedenschwüre, Ruhmmissionen,

Attentate, blaue Bohnen,

Blech für alle Lebenslagen,

Korruptföndchen, Hitlertragen,

Eingegangene Kaiserjähne,

Reduzierte Massensöhne,

Sehnsucht nach vergangenen Tagen,

Schlachtgebrauch (in Gummitrügen),

Kunzknüppel, Hahgebete,

Zigewige, Haken-Roethe,

Widgemordne Oberlehrer,

Routinierte Morastlehrer,

Schwarzweihrote Gummizellen,

Nationale Radiowellen,

Söhne Teuts beim Feindeküssen,

Aufwertung — Verfassungspillen,

Heilsarmee und Rachechwüre,

Krieger, die nach Laten dürsten,

Pensionierte deutsche Fürsten,

Schwarzweihrote Gummizellen,

Tripigbärte, Kinderlutscher,

Große Gauner, keine Putschler,

Korpsstudenten, Flohdressuren,

Nationale Massendräse!

Kaufen Sie! Bel uns ist Klasse,

Alles beste teutsche Rasse,

Eine feine Kollektion!

Ru, wie is — mein lieber Cohn ... ?!

Volkstümliche Tierkunde. Der Verband der deutschen Volkstümlichen Vereine, der in seinen nahezu 200 Theatergemeinden heute fast 600 000 Mitglieder zählt, beruft seinen sechsten Volkstümlichen Tag für die Zeit vom 25. bis 28. Juni nach Jena. Die Tagesordnung steht neben dem üblichen Geschäftsbericht den Abschluß von Verhandlungen über die Schaffung eines „Volkstümlichen Programms“ vor, dazu einen Vortrag über die „soziale Mission der Volkstümlichen“ und zwei Referate zu dem Thema „Jugend und Volkstümliche“. Bei der wachsenden Bedeutung der Volkstümlichenbewegung für die deutsche Theaterkultur werden die Beratungen allgemeinem Interesse begegnen.

„Gesüßelte Worte“. Wandernde Poesie, weiltumziehende Sprachweiselheit, eine Art deutscher Geistes- und Kulturgeschichte, ein Zitatenschatz des deutschen Volkes, so kann man mit Recht „Büchermans Gesüßelte Worte“ nennen, die sieben 60 Jahre nach ihrem ersten Erscheinen in 27. Auflage vom Verlage der Haude u. Spenerischen Buchhandlung in Berlin in musterwürdiger Ausstattung herausgegeben sind. Als Georg Büchmann im Jahre 1863 seine Sammlung zum ersten Male erscheinen ließ, umfaßte sie nur 750 Zitate. Unter der Mitarbeit der Gelehrten der ganzen Welt haben seine Nachfolger die Sammlung so erweitert, daß sie heute über 4000 Zitate aller Zeiten und Völker bietet. Alle diese „Gesüßelten Worte“ bilden — geordnet in 24 Abschnitten — einen abgeschlossenen Vorkurs, den man mit seinen Quellennachweisen im Zusammenhang lesen kann, der aber auch ein nie verlegendes Nachschlagewerk darstellt. Die vorliegende neue Auflage ist ein Beweis dafür, daß dieses Buch nicht an Interesse verloren hat. Von den etwa hundert neu aufgenommenen Zitaten seien als besonders interessant hervorgehoben: Das Recht auf Arbeit — Proletariat aller Länder vereinigt euch! — Ein freies Papier (Bethmann Hollweg) — Wie ich sie auffasse (Michaëlis) — Der Untergang des Abendlandes (Spengler) — Der Feind steht rechts (Büch) — Silberstreifen (Stresemann).

Einführung. Die kommunistische Amazone Ruth Fischer klagt einem ihrer Parteigenossen, daß sie mit Arbeit so ungeheuerlich überlastet sei. „Es ist ganz entsetzlich, in wie vielen Versammlungen ich sprechen muß. Ich nehme ordentlich ab dabei.“ — „Ja, ja“, sagt der Genosse teilnehmend, „die Partei auch.“ (Aus der am Freitag erscheinenden Nummer des republikanischen Wipplattes „Lachen links“.)

Genüß Tölers „Schwalbenlieder“, gelangen von Wilhelm Gumbmann (am Rande der Kompanie) gelangen am Sonntag, 23. Mittags 1/2, 12 Uhr, in der Volkshalle, Theater am Schlossplatz, zur Aufführung. Außerdem werden selten gehörte Werke: „Aus der Wälder Liebesgarten“, Liebesglück von 12 Göttern, von Max Müller und Richard, „Aus dem hohen Lied Salomons“ zum Vortrag gebracht. Mitwirkende: Frau Bärbel-Straßer, Paul Schramm, das Dens-Quartett.

Infolge der Reichspräsidentenwahl fällt die Opernvorstellung am 29. nach 3 Uhr im Theater des Westens aus. Die nächsten Karten werden an Kasse II des Theaters für den 5. April umgetauscht.

Kalla Sterns tanzt am 27. im Pavillon Moskito auf dem Söll der Kaiserliche, begleitet von Etha, neue Schimm-Ensemble.

Das Metropo-Theater bleibt wegen Vorbereitung der Rostlitz-Laufend (die Reinken) (Kampfdirektion Walter Dromms) am Donnerstag und Freitag geschlossen.

